

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

JUKO will Verbesserung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft

Solothurn, 24. April 2009 – Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) stimmt dem Auftrag von Kantonsrat François Scheidegger (FdP, Grenchen) im Grundsatz zu, der den Regierungsrat auffordert, die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft zu verbessern und dem Kantonsrat nötigenfalls Vorschläge für ein neues Aufsichtsmodell zu unterbreiten. Ferner nimmt die Kommission von der Petition der «Gruppe Reform 91» Kenntnis, welche eine unabhängige Untersuchungskommission für die Strafanstalt Schöngrün fordert, und beantragt dem Kantonsrat die Erheblicherklärung.

Im aktuellen System der Aufsicht über die Strafverfolgungsbehörden hat der Regierungsrat heute keine Möglichkeiten, auf diese Einfluss zu nehmen. Der Auftrag von François Scheidegger (FdP, Grenchen) hat den Ausbau der Aufsicht des Regierungsrates über die Strafverfolgungsbehörden zum Ziel. In seiner Stellungnahme zum Vorstoss beantragt der Regierungsrat den Ausbau der Aufsicht und die Verschiebung der Wahlkompetenz für die Strafverfolgungsbehörden vom Kantons- zum Regierungsrat. Der Regierungsrat soll inskünftig die Möglichkeit haben, dem Oberstaatsanwalt und dem Jugendanwalt generelle Weisungen zu erteilen. Ausgeschlossen sollen aber nach wie vor konkrete Anweisungen im Einzelfall sein, weil sonst die Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden nicht mehr gewährleistet wäre. Der Regie-

rungsrat ist der Auffassung, dass es zweckmässig wäre, bei der Aufsichts- und Disziplinarbehörde auch die Wahlkompetenz anzusiedeln.

Die JUKO, unter dem Vorsitz von Jean-Pierre Summ (SP, Bettlach), unterstützt den Ausbau der Aufsicht des Regierungsrates über die Strafverfolgungsbehörden. Hingegen lehnt sie die Verschiebung der Wahlkompetenz zum Regierungsrat ab; weil sie darin eine mögliche Schwächung der Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden befürchtet.

Ebenfalls behandelt wurde die Petition "Reform 91". Darin verlangen die Petitionäre, dass eine unabhängige Untersuchungskommission zur Überprüfung der Verhältnisse in der Stafanstalt Oberschöngrün eingesetzt werde. Die JUKO stellt fest, dass das Anliegen bereits erfüllt ist, nachdem der Regierungsrat bereits im März eine Untersuchungskommission eingesetzt hat in der auch zwei Mitglieder der kantonsrätlichen Justizkommission Einsitz nehmen. Sie beantragt deshalb dem Kantonsrat die Erheblicherklärung der Petition. Folgt der Kantonsrat diesem Antrag, wird die Petition zur definitiven Erledigung dem Regierungsrat überwiesen.